

links

Mitgliedermagazin
der SP Schweiz
Juli 2026
Ausgabe 225 | CH

Montage: Nora Tanner

Bürgerlicher Angriff auf Mindestlöhne, Energiewende und Menschenrechte

Jetzt die
3 Referenden
unter-
schreiben!



SP

Editorial

Liebe Leserin und lieber Leser,
alle dazwischen und darüber hinaus

Treten nach unten – offenbar ist das für Politiker:innen der rechten Ratshälfte in Bundesbern ganz normal. So brachte der Obwaldner Erich Ettlin mit einer Motion, die angeblich die Sozialpartnerschaft schützen will, problemlos den ersten Vorstoss durchs Parlament, der eine Lohnsenkung vorsieht – für jene, die sowieso schon in Tieflohnbranchen wie der Reinigung, der Gastro oder im Coiffeur-gewerbe arbeiten.

Um die Finanzen des Mitte-Ständerats hingegen müssen wir uns keine Sorgen machen. Neben seinem Amt als Parlamentarier ist er auch als Treuhänder tätig und vereint 18 Lobby-Mandate auf seine Person, die Hälfte davon bezahlt. Fraglich, ob er weiss, was es heisst, wenn man jeden Franken zwei Mal umdrehen muss.

Gegen diese Vorlage, die die Mindestlöhne aushebeln will, wehren wir uns mit einem Referendum (Seite 4). Ebenso gegen die Aufhebung des Neubauverbots von AKW (Seite 6) und gegen die Profitgier, die in Malaysia die Rendite über Menschenrechte und Umweltschutz stellt (Seite 7).

Diesen Angriff von rechts zu stoppen, ist anspruchsvoll. Darum liegen dieser Ausgabe gleich drei Unterschriftenbogen bei (wegen unterschiedlicher Beglaubigungsorganisationen je als Einzelkarten) – bitte unterschreibe sie noch heute und schicke sie gleich zurück.

Merci!

Solidarische Grüsse



Pia Wildberger

PS: Achtung – die Bundeskanzlei hat die Praxis verschärft: Neu müssen Unterzeichnende nicht nur unterschreiben, sondern die Angaben auf der Unterschriftenkarte eigenhändig einfügen. Sonst gilt die Unterschrift nicht.

Inhalt

- 4 Referendum #1: Angriff von rechts auf Mindestlöhne**
Nationalrätin Jacqueline Badran über das Ansinnen der Rechten, tiefe Löhne zu senken
- 6 Referendum #2: Neue AKW? Nicht mit uns!**
Warum die Diskussion den Blick auf die eigentliche Lösung der Energiefrage vernebelt
- 7 Referendum #3: Kein Palmöl auf Kosten von Mensch und Umwelt!**
Gegen das Freihandelsabkommen mit Malaysia
- 8 Gute Frage: bald sechs Wochen Ferien?**
- 9–12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Ein überzeugtes Ja zur Finanzierung der 13. AHV-Rente**
Warum in diesem Fall sogar die Mehrwertsteuer eine soziale Komponente hat
- 14 Zum Tod von Jean Ziegler: Alt Nationalrat Rudolf Strahm erinnert sich**
- 15 Hilde Fässler: Eine aufrichtige Kämpferin für Gerechtigkeit und Gleichstellung**
- 16 Kochen fürs Klima: Fertig Food Waste!**
- 18 5 Fragen an Neumitglied Leila Huston aus Zürich**
- 19 Anlässe der SP Schweiz, SP Zürich, Movendo und der Anny-Klawa-Morf-Stiftung**
- 20 Bildungsangebote der SP Schweiz**



Die Mieten sind zu teuer!

Die Mietpreis-Initiative ist eingereicht! 140 048 Unterschriften übergab der Mieter:innen-Verband zusammen mit der SP der Bundeskanzlei. Die Mietpreis-Initiative verlangt etwas Selbstverständliches: Immobilienkonzerne dürfen keine übermässigen Renditen mehr auf Kosten der Mieter:innen erwirtschaften. Nun sind die Bundeskanzlei und anschliessend der Bundesrat und das Parlament am Zug.

Gesetzesvorlage präsentiert

Verbot von Nazi-Symbolen

Im Kampf gegen Rechtsextremismus und Hass hat Bundesrat Beat Jans die Gesetzesvorlage vorgestellt, die die öffentliche Verwendung von Nazi-Symbolen verbieten soll. Mit dem Verbot von Hakenkreuzen und dem Hitlergruss setzt die Schweiz ein klares Zeichen gegen Rassismus und Antisemitismus. Bislang konnten Neonazis diese ungehindert zeigen, solange sie keine direkte Propaganda betrieben.

Für die SP ist jedoch klar: Das reicht nicht. Gleichzeitig müssen alle rassendiskriminierenden, gewaltverherrlichenden und extremistischen Symbole verboten werden.

Angriff auf das Arbeitsrecht

Keine Ausweitung der Sonntagsarbeit!

Das Ringen um die Sonntagsarbeit geht weiter. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats hat sich für die Ausweitung der bewilligungsfreien Sonntagsverkäufe von vier auf zwölf Tage pro Jahr ausgesprochen. Das ist ein Affront gegenüber den Beschäftigten in einer Branche, die schon heute von tiefen Löhnen und hohem Druck geprägt ist.

Der Kommissionsentscheid reiht sich in eine ganze Serie von Angriffen auf das Arbeitsrecht ein. Besonders stossend: Mit der Ausweitung fallen für viele

faktisch die Sonntagszuschläge weg. Heute erhalten Beschäftigte den Lohnzuschlag von 50 Prozent nur, wenn sie an höchstens sechs Sonntagen pro Jahr arbeiten – bei zwölf möglichen Verkaufssonntagen ist dieser Schutz Makulatur. Dazu kommt: Unregelmässige Ruhezeiten erhöhen das Risiko für Erschöpfung und Krankheit – in einem Berufsfeld mit bereits heute kritischen Stresswerten. Die SP Schweiz wird diesen Angriff auf Löhne und Gesundheit in der parlamentarischen Beratung mit aller Entschlossenheit bekämpfen.

Angriff von rechts auf Mindestlöhne

Die rechte Parlamentsmehrheit bläst zum Angriff auf die Löhne von Geringverdiener:innen und will demokratisch beschlossene Mindestlöhne aushebeln. Dagegen haben wir das Referendum ergriffen. Denn Mindestlöhne sind ein wirksames Mittel gegen Armut.

Wie hatten wir uns gefreut, als im Juni 2023 in der Stadt Zürich ein Mindestlohn von 23.90 Franken pro Stunde von knapp 70 Prozent der Stimmbevölkerung angenommen wurde. Dasselbe Bild zeigte sich in Winterthur, wo 66 Prozent einen Mindestlohn befürworteten. Es war beruhigend, dass offenbar breite Bevölkerungsschichten die Meinung der SP teilen: Ein Arbeitslohn muss zum Leben reichen! Vor allem aber freuten wir uns für die tausenden Menschen im Niedriglohnsektor, die



Jacqueline Badran
Nationalrätin ZH

endlich einen Lohn bekommen, der zum Leben reicht.

Enttäuschung

Wie waren wir enttäuscht, als die Gewerbe- und Arbeitgeberverbände gegen die Volksentscheide Rekurse einlegten, die vom Verwaltungsgericht dann auch noch gutgeheissen wurden. Das Gericht urteilte, für die Einführung eines kommunalen Mindestlohns fehle eine gesetzliche Grundlage. Massnahmen, die der Armutsbekämpfung dienten, seien

in der Sozialhilfe festgelegt – und Mindestlöhne zählten nicht dazu. Das Urteil gipfelte in der Äusserung, dass Arbeitgeber keine Verpflichtung zur «Erbringung finanzieller Leistungen an Hilfsbedürftige» hätten. Echt jetzt? Gemäss diesem Urteil waren Mindestlöhne also «finanzielle Leistungen an Hilfsbedürftige» – und nicht der Lohn für harte Arbeit.

Der Direktor des Arbeitgeberverbandes sieht das ähnlich, sagte er doch vor einem Jahr vor der Wirtschaftskommission des Nationalrats: «Ein rein existenzsichernder Lohn ist nicht die Aufgabe der Arbeitgeber.» Man könne von der Wirtschaft nicht verlangen, dass sie Existenzsicherung betreibe. «Irgendwo hört es auf. Da muss

Jetzt
Karte in der
Heftmitte
unter-
schreiben!

Erich Ettlin hatte es problemlos durch die Schlussabstimmung geschafft. Konkret verlangt der Vorstoss, dass die Bestimmungen aus den Gesamtarbeitsverträgen (GAV) Vorrang haben sollen vor Mindestlöhnen. Das heisst: Sind die festgelegten GAV-Löhne tiefer als die demokratisch beschlossenen Mindestlöhne, gilt der tiefere Lohn.

Bereits der Titel des Vorstosses lässt aufhorchen: «Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen». Für den Mitte-Ständerat sind Volksabstimmungen und Bundesgerichtsentscheide aber offenbar «umstrittene Eingriffe».

So nicht!

Wir finden: Die Sozialpartnerschaft ist eine enorm wichtige Institution und deshalb zu pflegen und hegen. Die direkte Demokratie ebenso. Und das gilt auch für die Forderung, dass ein Arbeitslohn für ein (bescheidenes) Leben reichen muss.

Deshalb haben wir gegen diese Zwängerei das Referendum ergriffen.



Was der Angriff konkret für Arbeitnehmer:innen bedeutet

Die Gewerkschaften haben berechnet, was dieser Angriff auf Geringverdienende bedeutet:

- **Für eine ungelernete Person im Gastgewerbe in der Stadt Zürich:** – 600 Franken/Monat Lohnverlust ohne städtischen Mindestlohn.
- **Für eine Restaurantangestellte mit EBA in der Stadt Zürich:** – 279 Franken/Monat Lohnverlust ohne städtischen Mindestlohn.
- **Gelernte Coiffeuse im Kanton Genf:** – 134 Franken/Monat Lohnverlust durch fehlenden Teuerungsausgleich bis 2030, bei einem Mindestlohn von 24.59 Franken/Stunde.
- **Gelernte Verkäuferin in einer Bäckerei in der Stadt Luzern:** – 170 Franken/Monat Lohnverlust durch fehlenden Teuerungsausgleich bis 2030, bei einem Mindestlohn von 22.75 Franken/Stunde.

Mindestlöhne: Worum geht's?

Mindestlöhne im Gesamtarbeitsvertrag (GAV) sollen Vorrang erhalten vor kommunalen oder kantonalen Mindestlöhnen. Manche GAV-Löhne liegen jedoch unter den Mindestlöhnen. Die Anpassung des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen (AVEG) bewirkt daher de facto eine Lohnsenkung bei den tiefsten Löhnen. Es handelt sich um die erste Vorlage überhaupt, die eine Lohnsenkung zum Ziel hat.

Die Mindestlöhne in Kantonen und Gemeinden wurden in demokratischen Urnengängen von der Stimmbevölkerung beschlossen. Der Angriff der rechten Parlamentsmehrheit auf die Mindestlöhne ist darum auch ein Angriff auf die Demokratie und den Föderalismus.

Wer ist betroffen?

Die Gesetzesänderung trifft besonders Frauen, weil sie häufiger in Tieflohnbran-

chen wie der Reinigung, der Gastronomie oder im Coiffeurgewerbe tätig sind. In Städten und Kantonen, die Mindestlöhne bereits kennen, würden bei Annahme der Vorlage diese zwar bestehen bleiben, jedoch eingefroren und nicht mehr an die Teuerung angeglichen. Derzeit gilt ein Mindestlohn in den Kantonen Genf und Neuenburg sowie in der Stadt Luzern und – sofern er rechtzeitig eingeführt wird – potenziell in den Städten Zürich und Winterthur.

Jetzt das Referendum unterschreiben!

Gegen den Angriff auf die Mindestlöhne und die Grundlagen der Demokratie haben wir zusammen mit den Gewerkschaften das Referendum ergriffen. Denn der Lohn muss zum Leben reichen!

Die notwendigen 50 000 Unterschriften fürs Referendum müssen wir in den kommenden 100 Tagen sammeln. Hilf mit und unterschreibe die Unterschriftenkarte in der Heftmitte.

dann schlussendlich die Sozialhilfe einspringen.»

Erleichterung

Wie waren wir erleichtert, als das Bundesgericht die kommunalen Mindestlöhne Anfang Juni 2026 guthiess. Die Entscheide der Vorinstanz würden gegen die Gemeindeautonomie verstossen, erkannte das höchste Gericht. Das bedeutet: Zürich und Winterthur dürfen die Mindestlöhne einführen.

Entsetzen

Wie waren wir entsetzt, als zum Ende der Sesssion die Ratsrechte an ihrem Angriff auf die Mindestlöhne festhielt. Denn eine entsprechende Motion von Ständerat

Neue AKW? Nicht mit uns!

Mit dem Referendum bekämpfen wir den Bau von einem neuen AKW, den das Parlament in der Sommersession ermöglichte. Der guten Gründe sind viele.



Letzten Monat hat das Parlament die Aufhebung des vom Volk beschlossenen AKW-Neubauverbots beschlossen und äusserst knapp darauf verzichtet, die finanziellen Konsequenzen dieser energiepolitischen Kehrtwende sauber abzuklären. Das ist sachlich verantwortungslos. Und auch die Art und Weise, wie der Entscheid zustande kam, hinterlässt einen schalen Nachgeschmack.

Wehe dem, der sich in der SVP eine eigene Meinung leistet

Die SVP übte vor laufender Kamera massivsten Druck auf den Kollegen Daniel Sormanni aus, bis dieser entgegen seiner ursprünglichen Haltung auf die Parteilinie einschwenkte. Dabei hält Artikel 161 der Bundesverfassung ausdrücklich fest: «Die Mitglieder der Bundesversammlung stimmen ohne Weisungen.» Niemand kann ernsthaft behaupten, dass dieser Grundsatz bei besagter Abstimmung respektiert wurde.

Diese unrühmliche Episode wird als Schandfleck an der AKW-Vorlage



Jon Pult, Nationalrat (GR)
und Vizepräsident
SP Schweiz

von SVP-Bundesrat Albert Rösti haften bleiben. Entscheidend ist nun aber: Das letzte Wort hat nicht das Parlament. Dank dem Referendum kann die Bevölkerung darüber entscheiden, ob das vom Volk beschlossene AKW-Neubauverbot tatsächlich aufgehoben werden soll. Genau deshalb braucht es jetzt möglichst viele Unterschriften.

Zehn gute Gründe gegen neue AKW

Die sachlichen Argumente gegen neue AKW sind zahlreich und gewichtig.

Erstens: AKW produzieren radioaktive Abfälle, die über 100 000 Jahre gefährlich bleiben. Die Endlagerung dieser hochgiftigen Hinterlassenschaft ist bis heute nicht geregelt.

Zweitens: Das Risiko eines schweren Unfalls ist real. Fünf der rund 200 kommerziellen Atomreaktoren, die weltweit ihr Betriebsende erreicht haben, erlebten eine Kernschmelze.

Drittens: AKW stellen auch ein erhebliches militärisches und terro-

ristisches Risiko dar. Faktisch sind sie die Atombomben des Feindes im eigenen Land.

Viertens: Uran muss vollständig importiert werden. Das schafft zusätzliche Abhängigkeiten von Schurkenstaaten wie Russland.

Fünftens: Wären die Risiken eines AKW vollständig privat versichert, wäre Atomstrom unbezahlbar. Deshalb haftet letztlich immer der Staat.

Sechstens: Die Neubaukosten explodieren weltweit. Die Beispiele in Flamanville (F) und Hinkley Point (UK) zeigen, dass massive Verzögerungen und Kostenüberschreitungen längst die Regel sind.

Siebtens: Wegen der enormen Investitionskosten sind neue AKW wirtschaftlich unattraktiv. Ohne massive staatliche Subventionen investiert heute niemand mehr in solche Projekte.

Achtens: AKW sind Schwachstellen der Versorgungssicherheit. Die Energiekrise 2022 hat gezeigt, wie



Das AKW Gösgen.

stark die Versorgung durch Ausfälle französischer AKW beeinträchtigt werden kann.

Neuntens: Jeder Franken für neue AKW fehlt bei Ausbau und Stärkung von Solar- und Windenergie, der Wasserkraft, von Speichern und der Energieeffizienz.

Zehntens: Bereits heute gibt es Forderungen, Gelder aus dem vom Volk beschlossenen Stromgesetz künftig

für neue AKW umzuleiten – entgegen dem Volkswillen.

Was es wirklich braucht

Aus diesen zehn – und noch vielen weiteren – Gründen sind neue Atomkraftwerke keine Antwort auf unsere energiepolitischen Herausforderungen. Sie sind zu teuer, kommen zu spät, sind zu riskant und lenken von den eigentlichen Lösungen ab. Versorgungssicherheit und Klimaschutz erreichen wir durch den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien, zusätzliche Speicher und mehr Energieeffizienz – nicht durch die Rückkehr zu einer Risikotechnologie des vergangenen Jahrhunderts.

Mit dem Referendum können wir verhindern, dass ein vom Volk beschlossener Grundsatz leichtfertig über Bord geworfen wird. Ich hoffe deshalb, dass möglichst viele den Referendumsbogen unterschreiben, im Freundes- und Bekanntenkreis Unterschriften sammeln und mit-helfen, dass die Bevölkerung das letzte Wort hat.

Neue AKW? Nicht mit uns!

«AKW sind zu teuer, zu riskant und lenken von den Lösungen ab.»

Kein Palmöl auf Kosten von Mensch und Umwelt



Fabian Molina, Nationalrat ZH und Präsident SWISSAID

In der Sommersession hat das Parlament dem Freihandelsabkommen mit Malaysia zugestimmt. Unter dem Druck der Unternehmensverbände lehnten die Bürgerlichen zuvor alle Anträge ab, die griffige Regeln zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt verlangten. Dabei wäre das dringend nötig.

Gemäss der Internationalen Arbeitsorganisation ist Zwangsarbeit in Malaysias Exportsektoren weit verbreitet und nimmt zu, besonders unter Wanderarbeitenden in der Palmöl-, Elektronik- und Schuhindustrie. Genau diese Produkte würden vom Abkommen profitieren und vermehrt in die Schweiz gelangen. Während die USA, die EU und das Vereinigte Königreich entsprechende Importverbote erlassen haben, würde die Schweiz mit ihrer Handelspolitik Sklavenarbeit anheizen. Hintergrund: Malaysia hat die Konvention zur Abschaffung der Zwangsarbeit im Jahr 1990 gekündigt und ist ihr bis heute nicht wieder beigetreten.

Regenwald wird gerodet

Schon heute stammt rund ein Viertel der Schweizer Palmölimporte aus Malaysia – mit dem Abkommen würde dieser Anteil steigen. Die Produktion von Palmöl befeuert durch die Rodung von Regenwald den Klimawandel, zerstört die Artenvielfalt und basiert oft auf Zwangsarbeit. Anders als beim Indonesien-Abkommen muss Palmöl hier nicht unabhängig zertifiziert sein, um von Zollvergünstigungen zu profitieren.

Zudem verlangt das Abkommen den Beitritt Malaysias zur umstrittenen Sortenschutz-Konvention UPOV 91. Diese begünstigt Grosskonzerne wie Syngenta und beschneidet das Recht der Bäuerinnen und Bauern, das eigene Saatgut weiterzugeben.

Laut einer Studie der SP-Fraktion ist der wirtschaftliche Nutzen für die Schweiz sehr gering. Der potenzielle Schaden in Malaysia ist aber gross. Wir ergreifen zusammen mit einer breiten Allianz deshalb das Referendum. Es wird Zeit, dass die Schweiz verbindliche Regeln zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt in Freihandelsabkommen verankert. Damit Handel zu nachhaltiger Entwicklung beiträgt, muss er fair sein.



Gute Frage

Mehr Ferien?

Analysen zeigen, dass die Arbeitsbelastung in der Schweiz sehr hoch ist. So haben viele Erwerbstätige überdurchschnittlich lange Arbeitswochen, leisten zahlreiche Überstunden, und ein grosser Teil berichtet von zunehmendem Stress. Gleichzeitig zeigen wissenschaftliche Erkenntnisse, dass regelmässige Pausen und ausreichende Erholungszeiten zentral für Gesundheit, Leistungsfähigkeit und langfristige Produktivität sind. Braucht es eine neue Initiative für sechs Ferienwochen?

Mirjam E., online

Liebe Mirjam

Wir leisten immer mehr in kürzerer Zeit, aber die Produktivitätsgewinne der letzten Jahre werden als Gewinn abgeschöpft, während die Löhne stagnieren und wir trotz höherem Stress gleich lange arbeiten müssen. Kommt dazu, dass ein Teil der Bevölkerung unbezahlte Überstunden leisten muss, während ein anderer Teil unfreiwillig in Teilzeit arbeitet. Das ist keine natürliche Verteilung – es ist das Ergebnis einer Arbeitszeitpolitik, die die Interessen des Kapitals über diejenigen der Beschäftigten stellt.

Eine Arbeitszeitverkürzung – sei es über Ferien oder eine tiefere Wochenarbeitszeit – ist deshalb nicht nur eine Forderung der Lebensqualität, sondern auch eine Forderung der gerechten Verteilung von Arbeit, Zeit und gesellschaftlicher Teilhabe.

Konkret: Mit der Verkürzung der Arbeitszeit auf 4 Wochentage bei gleichem Lohn liesse sich die Last von bezahlter Arbeit und unbezahlter Care-Arbeit gerechter verteilen. In Island, England und Spanien laufen viel versprechende Versuche, notabene ohne Produktivitätseinbussen. Die SP-Frauen fordern darum seit langem die 4-Tage-Woche bei vollem Lohn. Generell fordern wir, dass Produktivitätsgewinne in Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen und zusätzliche Ferientage umgewandelt werden.

Ein konkreter Anfang: Hängig ist in Bundesbern ein Vorstoss von SP-Ständerätin Flavia Wasserfallen, wonach wenigstens für Lernende im Minimum sechs Wochen Ferien gelten sollen.

Aller Voraussicht nach greifen wir zudem am Parteitag von Mitte Oktober das Thema Arbeit und Verteilung auf. Komm an den Parteitag und diskutiere mit!

Stell uns deine Frage

Täglich erreichen die SP Dutzende Zuschriften mit Fragen von Mitgliedern und Leser:innen. Hast du eine Frage an die SP? Wir greifen sie gerne im Links auf. Schreibe uns unter links@spschweiz.ch



Unterstützung für die Bienen-Initiative

An der Sitzung des Parteirats von Ende Juni folgten die Delegierten dem Antrag des Präsidiums und unterstützten die Bienen-Initiative.

Die Bienen-Initiative nimmt Bund und Kantone in die Pflicht. Sie sollen die Bestäubung von Wild- und Kulturpflanzen durch Insekten sichern – und dafür die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitstellen. Denn fast die Hälfte der über 600 Wildbienenarten in der Schweiz ist gefährdet, 59 Arten gelten aus ausgestorben. Der Klimawandel verschärft die Lage zusätzlich. Dabei bilden Bienen und andere Bestäuber-Insekten die Basis unserer Versorgung. Vier von fünf in Europa angebaute Nutzpflanzen sind auf die Bestäubung angewiesen. Verschwinden die Bestäuber, schwinden nicht nur unsere Ernten. Wir verlieren blühende Wiesen und artenreiche Landschaften, Ökosysteme, die Kohlenstoff binden, und unverzichtbare Nahrung für Vögel, Fische, Fledermäuse und Igel. Mit den Bestäubern stehen ganze Nahrungsketten auf dem Spiel.

Hinter der Initiative stehen die Imkerverbände, die Naturfreunde und die Stiftung Future 3.

► www.bienen-initiative.ch

Jahresbericht 2025 ist online

An der Parteiratssitzung haben die Delegierten den Jahresbericht 2025 der SP Schweiz zur Kenntnis genommen und zu Händen des Parteitags von Mitte Oktober verabschiedet. In der Publikation ordnet das Co-Präsidium die wichtigsten Ereignisse des letzten Jahres kurz und prägnant ein. Gleichzeitig bietet der Jahresbericht einen Überblick über die wichtigsten Eckdaten – Bilanz, Erfolgsrechnung und Mitgliederzahlen: Die SP zählte Ende 2025 über 35 541 Mitglieder – 2,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Kurs stimmt!

► www.spschweiz.ch/jahresbericht-2025



14. Juni 2026

Gemeinsam laut, sichtbar und solidarisch

Der feministische Streik vom 14. Juni 2026 hat in beiden Basel einmal mehr gezeigt, wie stark, vielfältig und entschlossen die feministische Bewegung ist. Ein nicht enden wollender Strom von Menschen nahm die Strassen ein, füllte die Plätze und machte unübersehbar klar: Unsere Forderungen sind aktuell – weil sie noch immer nicht erfüllt sind. Die Stimmung war friedlich, solidarisch und voller Kraft. Eine Stimmung, die Mut macht und zeigt, was möglich ist, wenn wir gemeinsam kämpfen.

Für die SP Frauen Basel-Stadt begann der Streiktag mit einem stärkenden Brunch unter dem Motto «Frau*lenzen». Rund 25 Personen, darunter viele neue Gesichter, kamen zusammen. Die Mobilisierung hat gewirkt: Neue Menschen finden den Weg in die Bewegung – und das ist dringend nötig.

Feministischer Auftakt im Baselbiet

Bereits am Freitag wurde mit einer FLINTA*-Party der JUSO Baselland in Liestal der Auftakt zum feministischen Streik im Baselbiet gefeiert. Die Rapperin KimBo begeisterte mit einem kraftvollen feministischen Auftritt, und beim Open Mic konnten die Gäst:innen ihre eigenen Beiträge und Performances präsentieren. Am Sonntag wurde das Stedtli mit Liegestühlen und Picknickdecken belebt.



Mika Kaufmann,
JUSO Baselland



Livia Kellerhals,
SP Frauen Basel-Stadt

Die Solimänner der JUSO und SP Baselland organisierten einen veganen Brunch, während FLINTA*-Personen Schilder und Armbänder für die Demonstration in Basel bastelten oder sich zur Abwechslung einfach einmal entspannen konnten. Das Motto war klar: An diesem Sonntag steht alles still! Wir sorgen uns um uns selbst und sind füreinander da, denn Solidarität heisst Widerstand.

Gemeinsam auf die Strasse

Gestärkt und voller Energie zogen die beiden Brunch-Gruppen von der Kaserne beziehungsweise aus Liestal zum Petersplatz, wo sich Kollektive, Organisationen und Einzelpersonen versammelten. In kämpferischen Reden wurde deutlich: Wir sind noch lange nicht am Ziel. Die Forderungen des feministischen Streikkollektivs sind klar: Wir wollen das

Patriarchat abschaffen! Die SP Frauen Basel-Stadt und die SP Basel-Stadt engagierten sich in diesem Jahr mit finanzieller Unterstützung, der Mitorganisation des Rahmenprogramms sowie politischen Vorstössen aus der AG Gleichstellung.

Mit der Streikkraft in den Care Strike 2027

Doch der 14. Juni ist kein Schlusspunkt. Mit der Kraft dieses grossartigen Streiktags richten wir den Blick nun auf den Care Strike 2027 – grösser, breiter abgestützt und mit dem Ziel, dass sich diese Forderungen nicht Jahr für Jahr wiederholen müssen.

Der Care Strike 2027 wird gross – und dafür braucht es uns alle. Wenn FLINTA*-Personen streiken, sind solidarische cis-endo Männer gefragt, Care-Arbeit zu übernehmen und so ihren Beitrag zum feministischen Kampf zu leisten.

«Wir sind noch lange nicht am Ziel.»

Jahrelanges SP-Engagement zahlt sich aus

Kinderbetreuung wird deutlich günstiger

Einstimmig beschliesst der Landrat nicht allzu oft. Anfang Juni jedoch hat er eine sozialpolitische Revolution ohne Gegenstimme verabschiedet: die «Totalrevision des Gesetzes über die familienergänzende Kinderbetreuung» – den Gegen-vorschlag zur Kinderbetreuungsinitiative der SP Baselland.

Tania Cucè, Adil Koller und Roman Brunner

Die Vorlage bringt eine substanzielle Entlastung für Baselbieter Familien. Neu beteiligt sich der Kanton mit einem Sockelbeitrag von 25 Prozent an den Kosten der Kinderbetreuung. Ergänzt wird dieses System durch einkommensabhängige Beiträge der Gemeinden. Besonders Familien mit tiefen Einkommen profitieren stark: Für sie können künftig bis zu 95 Prozent der Betreuungskosten übernommen werden. Auch für den Mittelstand sinken die Kosten deutlich.

Neben der finanziellen Entlastung verbessert die Reform auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein besserer Zugang zu Kinderbetreuung ermöglicht insbesondere Frauen eine höhere Erwerbsbeteiligung und wirkt sich damit langfristig positiv auf Löhne und Renten aus. Die

Vorlage ist damit auch ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichstellung.

Vom Mitgliederentscheid zum einstimmigen Landratsbeschluss

Was wir heute als politischen Durchbruch feiern können, hat eine längere Vorgeschichte. 2020 haben sich die SP-Mitglieder in einem Voting für die Kinderbetreuungs-Initiative als nächstes Parteiprojekt ausgesprochen. Im Mai 2021 folgte die nächste Etappe: Innerhalb eines einzigen Tages konnten über 3000 Unterschriften gesammelt werden. Das hat nicht nur die Initiative überhaupt erst möglich gemacht, sondern auch gezeigt, wie wichtig das Anliegen der Bevölkerung ist.

Darauf folgte die intensive Arbeit im Parlament. Gegen den Willen des Regierungsrats

gelang es der SP, eine Mehrheit von der Notwendigkeit eines Gegenvorschlags zu überzeugen. In der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission wurde die Vorlage anschliessend intensiv und teilweise hart verhandelt. Die SP-Mitglieder in der Kommission spielten dabei eine zentrale Rolle und konnten einen tragfähigen Kompromiss erarbeiten.

Bis zuletzt gab es im Landrat Versuche, zentrale Elemente abzuschwächen. Diese Angriffe konnten jedoch abgewehrt werden. Die von der SP gezielte Mehrheit erwies sich als stabil. Am Ende stand die einstimmige Verabschiedung der Vorlage im Landrat. Dieser Beschluss ermöglicht eine Umsetzung des Gegenvorschlags ohne Volksabstimmung. Damit es nun möglichst rasch vorwärtsgeht, hat das Initiativkomitee entschieden, die Initiative zurückzuziehen.

Auch wenn nicht alle Forderungen der Initiative erfüllt sind, ist dieser Entscheid ein Meilenstein. Das Baselbiet verlässt damit die letzten Ränge, was die Bezahlbarkeit der Kinderbetreuung angeht. Die SP Baselland wird sich auch in Zukunft für die Kaufkraft der breiten Bevölkerung sowie für die Gleichstellung einsetzen.



Yasmine Perrinjaquet

Die SP-Landratsfraktion vor dem Regierungsgebäude, kurz nach dem einstimmigen Beschluss für bezahlbarere Kinderbetreuung.

Warum wir den Begriff «Nachhaltigkeit» nicht hergeben dürfen

Vor den Abstimmungen vom 14. Juni wurde um ein Wort gerungen, das viel zu wichtig ist, um es der SVP zu überlassen: Nachhaltigkeit. Die Debatte hat gezeigt, wie umkämpft dieser Begriff geworden ist. Dabei steht Nachhaltigkeit für weit mehr: für soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und eine Politik, die Chancen schafft, statt Menschen gegeneinander auszuspielen.

Laura Pascolin und Simone Allenspach, SP Wohlen

Die sogenannte «Nachhaltigkeitsinitiative» wollte uns weismachen, eine nachhaltige Schweiz entstehe vor allem durch Abgrenzung, Abschottung und das Zählen von Menschen. Doch mit einem umfassenden Verständnis von Nachhaltigkeit hat das wenig zu tun.

Wer einen Blick auf die 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO wirft, erkennt schnell: Nachhaltigkeit ist viel mehr als eine Frage der Bevölkerungszahl. Es geht um soziale Gerechtigkeit, den Schutz der Umwelt und eine Wirtschaft, die auch langfristig tragfähig ist.

Es geht um die Bekämpfung von Armut, gute Bildung, Gesundheit, Geschlechtergleichstellung, weniger Ungleichheit, bezahlbare und saubere Energie, menschenwürdige Arbeit, Klimaschutz sowie Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen.

Nachhaltigkeit heisst, unsere sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Grundlagen so zu gestalten, dass auch kommende Generationen gut leben können. Nachhaltigkeit heisst nicht, Menschen gegeneinander auszuspielen.

Genau dafür steht die SP: nicht für Scheinlösungen und einfache Feindbilder, sondern für konkret-konstruktive Politik. Wir verstehen Nachhaltigkeit nicht als Schlagwort, sondern als Auftrag.

Ein Werkzeug für eine bessere, nachhaltige Finanzpolitik

Wie konkret das werden kann, zeigte unsere Bildungsveranstaltung zu Gender Budgeting.

Nachhaltig ist, was Menschen stärkt.

Auf den ersten Blick klingt das technisch. Im Kern geht es jedoch um eine einfache Frage: «Für wen wirkt öffentliche Politik – und wen übersieht sie?»

Budgets sind nicht neutral. Öffentliche Mittel kommen nicht automatisch allen Menschen gleichermaßen zugute. Wer plant, verteilt und entscheidet, sollte deshalb genau hinschauen, wie politische Massnahmen auf unterschiedliche Lebensrealitäten wirken.

Ein anschauliches Beispiel stammt aus Schweden. Dort wurde untersucht, wie die Schneeräumung im öffentlichen Raum organisiert ist. Traditionell wurden zuerst die grossen Strassen geräumt und erst danach die Fuss- und Velowege. Das erschien selbstverständlich – war aber nicht neutral.

Denn gerade auf Fusswegen und Velorouten sind viele Menschen unterwegs, für die Glatteis besonders gefährlich ist: Kinder auf dem Schulweg, Eltern mit Kinderwagen, ältere Personen sowie Menschen auf dem Weg zur Arbeit oder zum Einkauf.

Als die Reihenfolge der Schneeräumung angepasst wurde, konnten Unfallrisiken gesenkt werden – ohne zusätzliches Geld und ohne mehr Personal. Entscheidend war ein Perspektivenwechsel.

Das ist nachhaltige Politik: hinschauen, wer betroffen ist. Ungleichheiten erkennen, bevor sie teuer werden. Öffentliche Mittel so einsetzen, dass sie möglichst viel Sicherheit, Teilhabe und Gerechtigkeit schaffen.

Gender Budgeting ist deshalb kein Nebenschauplatz. Es ist ein Werkzeug für eine bessere Finanzpolitik – und damit auch für eine nachhaltigere Politik.

Nachhaltigkeit beginnt mit Verantwortung

Nachhaltigkeit beginnt nicht mit Ausgrenzung. Sie beginnt dort, wo wir Verantwortung übernehmen: für Menschen, für die Umwelt, für gerechte Chancen und für eine öffentliche Hand, die nicht blind budgetiert, sondern klug gestaltet.

Die SP steht für ein Verständnis von Nachhaltigkeit, das niemanden zurücklässt. Für eine Politik, die in Bildung investiert statt in Spaltung. Für Gleichstellung statt Blindstellen. Für sozialen Zusammenhalt statt Abschottung.

Wenn andere versuchen, den Begriff Nachhaltigkeit umzudeuten, dürfen wir ihn nicht aufgeben. Wir müssen ihn zurückholen.



Welches Nachhaltigkeitsziel meint die SVP eigentlich? Nachhaltigkeit hat 17 Ziele. Abschottung ist keines davon.

Nicole Nyffeler anlässlich des Interviews im Neubad Luzern.

«Der Hirnschlag hat mir vieles genommen – nicht jedoch mein politisches Feuer»

Nicole Nyffeler erlitt 2009 eine Hirnblutung und lebt seither mit einer Lähmung der rechten Körperhälfte und einer Aphasie. Im Oktober vertritt die 48-Jährige zum zweiten Mal den Kanton Luzern an der nationalen Behindertensession in Bern.

Nadja Stadelmann, Vizepräsidentin SP Kanton Luzern

Nicole Nyffeler erlitt im Jahr 2009 eine Hirnblutung. Seither ist ihre rechte Körperhälfte gelähmt, und die Sprache ist fast ganz weg. Man spricht von einer Aphasie. Vor diesem einschneidenden Ereignis arbeitete Nicole als Sozialarbeiterin und engagierte sich politisch für die SP im Einwohnerrat Kriens. Die heute 48-Jährige kämpfte sich zurück ins Leben und wird uns im Oktober zum zweiten Mal an der nationalen Behindertensession vertreten. Diese Wahl schaffen nur 44 Menschen aus der Schweiz. An der Behindertensession nehmen die Teilnehmenden 22 Prozent der Nationalratssitze ein. Dies entspricht dem Anteil an Menschen mit Behinderungen in der Schweiz.

«Meine ersten politischen Schritte machte ich bei der JUSO.»

Liebe Nicole, herzliche Gratulation. Du hast zum zweiten Mal die Wahl in die Behindertensession geschafft. Wie fühlst du dich?

Sehr gut. Ich freue mich riesig, wieder nach Bern reisen zu dürfen. Politik hat mich schon immer begeistert. Bereits vor rund 30 Jahren durfte ich an der Jugendsession teilnehmen.

Welche Themen wirst du mit nach Bern nehmen?

Ich habe zwei zentrale Anliegen, die ich in die Behindertensession einbringen möchte: Erstens muss Leichte Sprache überall selbstverständlich und zugänglich werden. Nur so können Informationen wirklich für alle Menschen verständlich sein. Fehlt die Leichte Sprache, werden viele Menschen von wichtigen gesellschaftlichen und politischen Prozessen ausgeschlossen.

Was ist dein zweites Anliegen?

Menschen mit Behinderungen brauchen bessere Möglichkeiten, einer Erwerbsarbeit nachzugehen – auch in kleinen Pensen. Das Angebot an passenden Arbeitsstellen ist nach

wie vor sehr begrenzt. Zudem stossen viele von uns schnell an Belastungsgrenzen. Meine Woche ist beispielsweise bereits mit Physiotherapie-Terminen und der Koordination meiner Assistenzpersonen gut gefüllt. Gleichzeitig brauche ich mehr Erholungszeit als früher. Deshalb suche ich derzeit eine Stelle im Büro- oder Gastrobereich mit einem Pensum von 10 bis 15 Prozent.

Du kommst aus einer politischen Familie und hast im Krienser Einwohnerrat geamtet. Hat sich dein politischer Fokus durch deine Aphasie verändert?

Politik war in meiner Familie immer präsent. Bereits mein Grossvater und meine Tante engagierten sich für die SP, und auch mein Vater war Mitglied des Einwohnerrats Kriens. Meine ersten politischen Schritte machte ich bei der Juso – zur SP wollte ich damals noch nicht. Später wurde ich selbst in den Einwohnerrat gewählt und durfte dort von 2006 bis 2021 mit grosser Freude politisieren. Natürlich haben die Aphasie und mein Leben im Rollstuhl meinen Blick auf die Politik verändert. Mein letzter politischer Vorstoss im Einwohnerrat war die Einführung der Leichten Sprache in Abstimmungs- und Wahlunterlagen, welcher durchkam. Dies war für mich ein schöner Abschluss.

Überzeugtes Ja zur Finanzierung der 13. AHV

Im Dezember wird die 13. AHV-Rente erstmals ausbezahlt. Zur Finanzierung soll die Mehrwertsteuer angehoben werden. Warum die SP-Fraktion einer Erhöhung dieser Steuer zustimmte, erklärt Co-Fraktionschefin Samira Marti. Pia Wildberger

Im November 2026 stimmen wir über die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab. Warum ist hier ein Ja zur Finanzierung der 13. AHV-Rente wichtig?

Samira Marti: 2024 hat die Bevölkerung in der Altersvorsorge zwei zentrale Weichen gestellt. Erstens hat sie mit der 13. AHV-Rente einen Leistungsausbauschlossen, und zweitens hat sie mit einem historisch hohen Anteil von 75 Prozent Nein gesagt zu einer Erhöhung des Rentenalters. Der Auftrag war also klar: Die 13. Rente muss umgesetzt und finanziert werden. Weil die AHV grosse Reserven hat, wird die 13. AHV-Rente dieses und nächstes Jahr aus dem Fonds finanziert. Das ist gut tragbar. Aber ab 2028 braucht es Mehreinnahmen, um den Leistungsausbausz zu finanzieren. Das stand seinerzeit auch im Abstimmungsbüchlein.

Was ist im Parlament passiert?

Samira Marti: FDP und SVP haben sich von Anfang an der Umsetzung dieses Volkssentscheids verweigert. Sie sind nicht bereit, Mehreinnahmen für die AHV zu unterstützen, solange keine Rentenalter-Erhöhung durchgesetzt wird. Die Rechte weiss, dass die AHV ohne Mehreinnahmen mittelfristig in die roten Zahlen rutschen wird, und hofft, dass sie dann die Bevölkerung besser erpressen kann, um das Rentenalter zu erhöhen. Mit dieser Ausgangslage war es im Parlament sehr schwierig, eine Finanzierung für die 13. AHV-Rente zu finden. Die Mehrwertsteuererhöhung um 0,4 Prozent ist ein Kompromiss.

Warum stimmte die SP-Fraktion der Vorlage zu?

Samira Marti: Es gibt drei Mehrwertsteuersätze, darunter den reduzierten Satz auf Güter des täglichen Bedarfs, der zum Beispiel für Lebensmittel, Zeitungen und Bücher

gilt. Dieser Satz wird nicht erhöht. Der Alltag ist also nicht betroffen. Das ist sehr wichtig. Erhöht wird der Normalsatz auf Konsum- und Luxusgüter. Das führt dazu, dass hohe Einkommen deutlich mehr zur Finanzierung der 13. AHV-Rente beitragen werden. Sowie so ist jeder Franken in der AHV ein sozialer Franken, auch aus der Mehrwertsteuer.

Kannst du ein Rechenbeispiel machen?

Samira Marti: Die AHV ist eine grosse Umverteilungsmaschine. Die Bezüger:innen hoher Einkommen zahlen deutlich mehr in die AHV ein, als sie später bekommen, die Renten sind gedeckelt. 92 Prozent zahlen weniger ein, als sie als Rente erhalten. Das gilt auch für die aktuelle Vorlage: Bei einem durchschnittlichen Einkommen zahlt man pro Jahr künftig ca. 70 Franken mehr. Dafür erhält man im Pensionsalter jedes Jahr 1800 Franken mehr Rente. Das ist ein super Preis-Leistungs-Verhältnis.

Was bedeutet die Mehrwertsteuer-Erhöpfung für Familien?

Samira Marti: Das ist vom Einkommen abhängig. Bleibt man beim Durchschnittseinkommen, macht es pro Person 5 Franken im Monat aus.

Was passiert mit der AHV, wenn die Erhöhung der Mehrwertsteuer an der Urne abgelehnt wird?

Samira Marti: Die 13. AHV-Rente müsste über die nächsten fünf bis zehn Jahre aus den Reserven finanziert werden, sie würden aufgebraucht. Unser wichtigstes Sozialwerk käme in Schieflage. Die Rechten nehmen ein solches Szenario bewusst in Kauf, um den Druck auf das Rentenalter massiv zu erhöhen. Die Frauen wären einmal mehr besonders betroffen, weil mit weiteren Kürzungen bei den Witwenrenten gerechnet werden müsste.

Standpunkt

Zusammen gegen die Neutralitäts-Initiative

Am 14. Juni konnten wir einen wichtigen Sieg für eine soziale und offene Schweiz feiern: Gemeinsam haben wir dafür gesorgt, dass die extreme 10-Millionen-Initiative der SVP deutlich abgelehnt wurde. Die SVP-Kampagne war geprägt von Stimmungsmache gegen Menschen ohne Schweizer Pass. Umso wichtiger, dass eine klare Mehrheit unmissverständlich deutlich gemacht hat, dass sie Nein zur Ausgrenzung sagt und stabile Beziehungen mit der EU will. Damit hat sich die Stimmbevölkerung zum 13. Mal für den bilateralen Weg ausgesprochen. Ein wichtiger Entscheid, gerade auch für die Debatte rund um die Bilateralen III.

Dieses Resultat war nur möglich dank unserem gemeinsamen Einsatz für eine soziale Schweiz. Zusammen haben wir es geschafft, dass die SVP nach der klaren Absage an die Anti-SRG-Initiative in diesem Jahr bereits die zweite Niederlage einstecken musste und sich die Schweizer Stimmbevölkerung nicht dem trumpistischen Kurs der SVP anschliesst.

Die nächste Abstimmung über eine verheerende SVP-Initiative lässt aber nicht auf sich warten: Im September stimmen wir über die so genannte «Neutralitäts-Initiative» ab. Mit dieser Initiative will die SVP unter dem Deckmantel der Neutralität der Schweiz verbieten, Sanktionen gegen Staaten zu verhängen, die das Völkerrecht verletzen. So müssten sogar Sanktionen gegen das Putin-Regime aufgehoben werden. Es wird erneut unsere Aufgabe sein aufzuzeigen, worum es der SVP wirklich geht: dass Unternehmen auch bei schwersten Völkerrechtsverletzungen ungestraft ihre Geschäfte weiterbetreiben können. Gemeinsam werden wir auch diese Initiative bachab schicken!



Tom Cassee
SP-Generalsekretär

Jean Ziegler (1934–2026)

«Sterben ist ein Skandal»

Der Soziologe Jean Ziegler, der im Juni im Alter von 92 Jahren in der Nähe von Genf starb, war eine prägende Figur der Schweizer Linken und vertrat die SP während sieben Amtsperioden in Bundesbern. Zeit seines Lebens kämpfte er unermüdlich für die Werte der Sozialdemokratie und der internationalen Solidarität.

Rudolf Strahm, ehemaliger SP-Zentralsekretär, alt Nationalrat und Preisüberwacher

«Sterben ist ein Skandal», klagte Jean Ziegler beim letzten Telefongespräch, als er durch seine Parkinson-Krankheit schon stark gezeichnet und behindert war. «Non!», soll sein allerletzter Ausruf gelautet haben.

Die emotionale Abdankungsfeier in der voll besetzten Kathedrale in Genf wird wohl allen Anwesenden in Erinnerung bleiben. Ein Dutzend Würdigungen aus allen Kontinenten mit gemeinsamem Nenner: «Merci Jean, tu

vas nous manquer.» (Merci Jean, du wirst uns fehlen.) Es ertönte die ergreifende Hymne «Gracias a la vida», und nach dem Abschluss mit der Totenmesse intonierte die Orgel die Internationale – tausendstimmig ertönte es in der Kathedrale, teils mit erhobener Faust: «Debout les damnés de la terre» (Wacht auf, Verdammte dieser Erde).

Ich habe den jungen Privatdozenten Jean Ziegler als Student und «Tiers-Mondiste» an

der Uni Bern Ende der 1960er-Jahre erlebt. Er mobilisierte unsere Gemüter mit Bezug zum Biafra-Krieg und zu den Kolonialkriegen in Angola, Mosambik und Guinea-Bissau.

Jahre später hatte ich das Privileg, mit zwei andern Ökonomen Zulieferhilfen zu leisten für sein erstes Buch zur Schweiz, «Une Suisse au-dessus de tout soupçon» (Eine Schweiz – über jeden Verdacht erhaben, 1976). Es entfachte einen Aufruhr. Nie zuvor hatte ein Autor der internationalen Leserschaft mit Kritik an Bankgeheimnis, Kapitalflucht und Geldwäscherei derart die Doppelmoral der Schweiz vor Augen geführt. Von da an wurde Jean Ziegler als Nestbeschmutzer exkommuniziert, denunziert und gemieden.

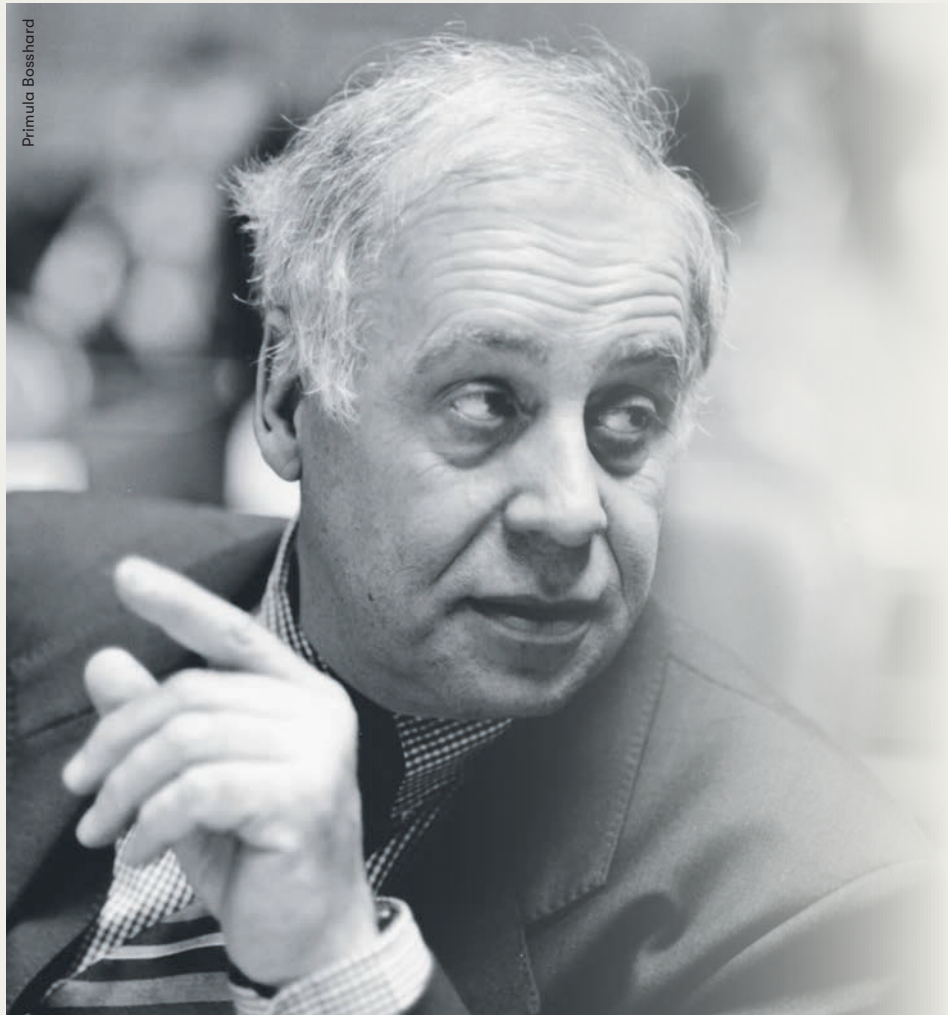
Weckruf eines Weltbürgers, der seiner Zeit voraus war

Ich glaube, ohne Jean Zieglers Weckruf von 1976 hätte die SP nach dem Chiasso-Skandal der Schweizerischen Kreditanstalt SKA nicht den Mut gehabt, ab 1978 die Bankeninitiative zu lancieren und bis 1984 (erfolglos) durchzuziehen. Helmut Hubacher stand immer zu Ziegler. Er spöttelte: «Im Ausland weiss ja niemand, wie unsere Bundesräte heissen, aber Jean Ziegler kennt man in der ganzen Welt.»

Jean Ziegler hat in seinem Leben rund 30 Bücher herausgebracht, die weltweit in vielen Sprachen und in Millionenaufgaben verbreitet worden sind. Gewiss, in Details und Ziffern war Jean nicht immer sattelfest und solid. Wenn man ihn darauf hinwies, er habe sich um eine Zehnerpotenz getäuscht, antwortete er: «C'est une question de témoignage» – es gehe um das Bekenntnis.

Niemand kann heute behaupten, Jean Ziegler hätte die fundamentalen Trends des Neokolonialismus und des späten Kapitalismus – etwa Kapitalflucht, Geldwäscherei, Rohstoffkonzern-Macht, Potentatengelder – falsch eingeschätzt. Der Weitgereiste war einfach früher zur Stelle und mutiger.

Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte Jean Ziegler, liebevoll betreut von seiner zweiten Gattin, der bekannten Kunsthistorikerin Erica Deuber, im Genfer Vorort Russin. Jean hatte noch nächste Buchprojekte im Kopf. Doch nun hat er 92-jährig im «Cimetière des Rois», dem Friedhof der historischen Genfer Persönlichkeiten, seine Ruhestätte gefunden.



Primula Bosshard

Hilde Fässler (1951–2026)

Kämpferin für Gerechtigkeit und Gleichstellung

Hildegard Fässler-Osterwalder war eine unserer herausragendsten Vertreterinnen und hat die sozialdemokratische Politik auf kantonaler und nationaler Ebene über viele Jahre geprägt. Nach schwerer Krankheit ist sie am 17. Juni verstorben. Barbara Gysi, Nationalrätin SG

Nur gerade fünf Jahre lang politisierte Hilde, wie sie von allen genannt wurde, im St. Galler Kantonsrat. Dann zog sie 1997 in den Nationalrat ein, wo sie während 16 Jahren viel bewegte. Nationale Bekanntheit erlangte die studierte Mathematikerin und langjährige Kantilehrerin als profunde und herausragende Finanz- und Wirtschaftspolitikerin sowie als pointierte Fraktionspräsidentin der SP-Bundeshausfraktion.

Ihr grösster Erfolg: Abschaffung des Bankgeheimnisses

Denken wir nur schon an die UBS-Krise von 2008, die sie als Präsidentin der Kommission für Wirtschaft und Abgaben mit scharfem Verstand meisterte, wobei sie gleichzeitig nicht mit Kritik an den herrschenden Missständen sparte. Die internationale Finanz- und Steuerpolitik interessierte sie sehr, und Hilde leistete einen wichtigen Beitrag zur Abschaffung des Bankgeheimnisses und im Kampf gegen Steuerhinterziehung. Sie leitete zu diesen Themen auch SP-interne Arbeitsgruppen.

Während Jahren prägte sie zudem die Landwirtschaftspolitik der SP. Als Präsidentin des Hausvereins Schweiz (heute Casafair) setzte sie ein wichtiges Gegengewicht zur bürgerlichen Immobilienlobby im Bundeshaus. Als Bildungspolitikerin wurde sie später zudem in den Universitätsrat St. Gallen gewählt.

Von 2002 bis 2006 stand sie der SP-Bundeshausfraktion vor. Es gelang ihr, die Fraktion zu einen und ihr ihren Stempel aufzudrücken. Mit ihrer klaren und gleichzeitig herzlichen Art lenkte sie die Geschicke der Fraktion auf hervorragende Weise.

Hilde verschaffte sich als aufrichtige Kämpferin für Gerechtigkeit und Gleichstellung über die Parteigrenzen hinaus Respekt und wurde sehr geschätzt. Links spielte sie in erster Linie in der Politik. Am rechten Flügel des FC Nationalrat schoss sie als eine der wenigen Frauen im Team gar manches Goal. Ausdauer bewies Hilde nicht nur in vielen politischen Auseinandersetzungen, sondern als

passionierte Läuferin auch an manchem Marathon. Bei alledem blieb sie immer bodenständig und ihren Überzeugungen treu.

Engagiert für die Gleichstellung

Während vieler Jahre prägte Hilde auch die St. Gallische Politik. Drei Jahre lang war sie unsere Kantonalpräsidentin. Als damalige Parteisekretärin erlebte ich ganz direkt, wie Hilde politisierte, auf die Menschen zugeht und geschätzt wurde. Dass wir dereinst Seite an Seite im Nationalrat sitzen würden, dachten wir damals nicht. Die Verankerung in der Region war Hilde immer wichtig. Die

Werdenberger SP-Frauen begleiteten Hilde über all die Jahre intensiv, und dort engagierte sie sich auch nach ihrem Rücktritt 2013 weiterhin.

Ein besonderes Herzensprojekt war für Hilde der Prix Wasserfrau: Den internationalen Frauenförderpreis rief sie 2002 unter dem Dach der Sozialistischen Bodensee-internationale ins Leben und präsidierte ihn als Gründungspräsidentin. Der Preis zeichnete Frauen und Organisationen aus, die in der Bodenseeregion über die Landesgrenzen hinaus wichtige Beiträge zur Förderung von Frauen und Mädchen leisteten.

Hilde war eine aussergewöhnliche Politikerin, wie es nicht viele gibt. Sie hinterlässt ein grosses politisches Erbe. Wir sind traurig über den grossen Verlust und gleichzeitig dankbar für den Weg, den wir gemeinsam für eine gerechtere Welt gehen durften.



Edouard Rieben

Kochen fürs Klima

Fertig Food Waste!

SP-Mitglied Sandra Kissling weiss, wie aussortierte Lebensmittel zu schmackhaften Mahlzeiten werden. Im «Fritz & Frieda» beweist sie jeden Tag, dass es auch ohne Verschwendung geht – und das erst noch günstig und super fein. Pia Wildberger

Was in einem kleinen Food-Truck startete, ist heute ein einladender Lebensmittelladen im Zentrum von Thun, direkt beim Bahnhof: Fritz & Frieda. Die Gründerin Sandra Kissling bietet mit ihrem Team von Radiesli über Erdbeeren bis Edelpilze alles an, was in den grossen und kleinen Läden, Käsereien, Bäckereien oder Bauernhöfen der Region nicht mehr in die Verkaufsregale darf. Weil das Datum bald abläuft, das Rübli zu krumm oder der Pfirsich zu reif ist. «Dabei sind die Lebensmittel noch einwandfrei.»

Zu gross, zu klein, zu krumm

Wie sie das alles schafft? «Ich bin eine Rebellin. Wenn ich etwas umsetzen will, mache ich einfach mal, egal was andere sagen.» Man könnte auch sagen, dass Tatkraft, kreative Ideen und Charme ihr Markenzeichen sind – und sie so Berge versetzt für ihre Vision einer Welt ohne Food Waste. Wenn die 50-Jährige in Restaurants oder Geschäften Lebensmittelabfälle beobachtet, «regt mich das richtig auf», sagt sie, die selbst jahrelang die Küche eines grossen Eventlokals führte und als Störköchin den Lebensunterhalt verdiente.

Besonders ärgert sie, wenn Bäuerinnen und Bauern ganze Ernten unterpflügen müssen, weil die Blätter des Radiesli nicht mehr schön genug für den Detailhandel sind oder der Salatkopf zu klein. «Man sollte mit Stückpreisen aufhören, da gibt es immer zu kleine Gurken, die dann für den fixen Preis nicht weggehen.» Angemessener wäre der Kilopreis.

Ein echtes Problem

Die Welt wäre eine bessere ohne Food Waste. In der Schweiz fallen jährlich rund 2,8 Mil-

lionen Tonnen vermeidbare Lebensmittelverluste entlang der gesamten Wertschöpfungskette an. Ein grosser Teil der verschwendeten Lebensmittel wird aussortiert, bevor sie in den Handel gelangen. Ein erheblicher Teil entsteht in Haushalten und verursacht so rund ein Drittel der Umweltbelastung aus Food Waste.

Wir können alle etwas tun

Die Folgen sind erheblich: Wenn Lebensmittel hergestellt, aber nicht konsumiert werden, führt dies zu unnötigen CO₂-Emissionen, Biodiversitätsverlust sowie Land- und Wasserverbrauch. 25 Prozent der Umweltbelastung unseres Ernährungssystems sind auf Food Waste zurückzuführen – und letztlich wird auch das Haushaltsbudget belastet.

Sandra Kissling und ihr Team verwerten bei Fritz & Frieda alle Lebensmittel – entweder im direkten Verkauf oder für das Salatbuffet, an dem die Angestellten aus den

Büros rund um den Bahnhof ihr Zmittag zusammenstellen. Und was nicht verkauft wird, verwertet Kissling mit den zwei Mitarbeiterinnen weiter. Druckstellen werden weggeschnippelt, Gemüse oder Früchte kleingeschnitten und gedörrt, in einem Müesli verwertet oder in einer Suppe zum Mitnehmen angeboten – Sandra Kissling hat tausend Ideen, die den Food Waste messbar reduzieren. Allein 2024 rettete sie mit Fritz & Frieda 48 Tonnen Gemüse, Früchte, Käse und Brot, 12 000 Sandwiches, 8500 mal süsse und salzige Teile sowie 12 000 Joghurts.

Diese Zahlen sind beeindruckend. Aber für Sandra Kissling nicht genug. Gut möglich, dass sie künftig mit Fritz & Frieda Kochkurse anbietet, ein Café eröffnet oder einen Online-Shop für Gedörktes aufgleist.

Fritz & Frieda, Bahnhofstrasse 8 in Thun, geöffnet von Montag–Samstag, 9–19 Uhr





Friedas Früchte-Retter-Riegel

Zutaten für 4 Personen

- 500 g überreife Früchte
- 250 g Haferflocken
- 2 EL neutrales pflanzliches Öl
- Honig oder Zucker

Zubereitung

1. Früchte waschen, rüsten und in kleine Stücke schneiden.
2. Früchte pürieren oder mit der Gabel zerquetschen, nach Belieben Honig oder Zucker begeben.
3. Haferflocken und Öl dazugeben, alles gut verrühren – am besten mit den Händen.
4. Die Masse 10 Minuten quellen und eindicken lassen.
5. Backblech mit Backpapier auslegen und die Masse darauf 1–2 cm dick verstreichen.
6. Im Backofen bei 160 Grad Ober-/Unterhitze 50 Minuten backen, bis die Ränder goldbraun sind.
7. Das Blech aus dem Ofen ziehen und die Masse mit einem scharfen Messer in Riegelform schneiden.
8. Die Riegel wenden und nochmals 20 Minuten backen.
9. Die Riegel vollständig auskühlen lassen und erst dann anrichten (sonst zerfallen sie leicht).

Haltbarkeit

In einem gut verschlossenen Tupperware im Kühlschrank mindestens ein halbes Jahr haltbar.

Essen ist politisch!

Unsere Ernährungsweise ist für rund ein Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für den Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das als Kraftfutter für Tiere dient. Ein Teil der Ernte landet zudem im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathaushalten an. Doch dagegen lässt sich etwas tun. Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



Ein grosses Merci an die Gruppe 2027

Gleichgesinnte treffen? Sich mit einer Parlamentarierin oder gar einem Bundesrat austauschen? Dies alles und noch viel mehr ist möglich beim Treffen der Mitglieder der Gruppe 2027, das alljährlich im gediegenen Theater National in Bern stattfindet.

Wenn sich in der ersten Woche der Sommer-session jeweils Scharen vom Bahnhof zum Theater National aufmachen, kann das nur eines bedeuten: Das Jahrestreffen der Gruppe 2027 steht an. Mit diesem Anlass bedankt sich die Partei bei ihren regelmässigen Spender:innen, denn nur dank ihnen verfügt die SP über eine gewisse finanzielle Sicherheit.

Europa im Herzen

Dieses Jahr stand der Anlass ganz im Zeichen von Europa, wobei ein Höhepunkt auf den andern folgte. Nach der Begrüssung durch Mattea Meyer und Cédric Wermuth erteilte das Co-Präsidium Gret Haller das Wort. Die alt Nationalrätin, ehemalige Botschafterin und ständige Vertreterin der Schweiz beim Europarat ist eine profunde Kennerin der Europapolitik. Messerscharf und aufschlussreich analysierte sie die Bedeutung der Europäischen Union für die Schweiz, aber auch für den gesamten europäischen Raum. Anschliessend nahm das Co-Fraktionspräsidium mit Samira Marti und Samuel Bendahan die EU aus ökonomischer Sicht unter die Lupe.

Ein weiteres Glanzlicht bildete die Rede von Bundesrat Beat Jans, der fünf Tage vor der Abstimmung zur 10-Millionen-Schweiz in persönlichen Worten eindringlich vor

einer Annahme der Initiative warnte und erklärte, weshalb er sich mit so viel Herzblut gegen das Vorhaben der SVP einsetzte. Ein klares Nein der Stimmbevölkerung sei ein Zeichen für die Zusammenarbeit mit Europa und damit auch für die Bilateralen III, warb er. Beim Apéro riche stand Beat Jans den Anwesenden gerne Red' und Antwort, und gar manche:r konnte im Gespräch mit dem Magistraten offene Fragen klären.

Umrahmt wurde das Programm durch die Gruppe «Hot Mojo», die sich eigens für diesen Anlass um den Akkordeonisten Claudius Domeyer formiert hatte. Sehr passend zum Anlass boten die Künstler einen beschwingten Mix aus Balkan-Tunes, französischem Chanson, 30er-Jahre-Django Swing und berndeutschem Liedgut.

Bist du nächstes Jahr mit dabei?

Die Gruppe 2027 steht allen offen, die die SP in den kommenden Wahlen mit einem regelmässigen Beitrag unterstützen. Die regelmässige Unterstützung der rund 1900 Mitglieder ist äusserst wertvoll, weil dieses Engagement Planungssicherheit bringt und die SP so die Ressourcen effizient einsetzen kann. Wir freuen uns sehr auf «Neuzugänge» in der Gruppe 2027 – denn bis zu den Wahlen 2027 ist es nicht mehr weit!

Weitere Informationen finden sich unter www.spschweiz.ch/gruppe2027



Gerne beantwortet auch die Verantwortliche für die Gruppe 2027, **Regula-Sibylle Schweizer**, Tel. 031 329 69 87, allfällige Fragen.



5 Fragen

an Neumitglied
Leila Huston*

1. Warum bist du der SP beigetreten?

Ich war schon immer sehr politisch. In der Jugend war ich in der Punkszene – sehr links und immer an Demos anzutreffen. Heute bin ich Mami eines 5-jährigen Sohnes und voll berufstätig. Für Demos fehlt mir meist die Zeit, aber ich möchte mich trotzdem wieder stärker politisch engagieren.

2. Gab es einen Auslöser?

Mit dem weltweiten Rechtsrutsch hatte ich das Gefühl, ich müsse jetzt etwas tun. Im Freundeskreis haben wir diskutiert – und eine Freundin hat mit viel Nachdruck betont, die SP sei die grösste soziale Partei, die sich schon immer für soziale Anliegen eingesetzt habe. Das hat sich bestätigt, als Jacqueline Badran am Willkommens-Anlass erzählte, was die SP seit ihrer Gründung fürs Volk erreicht und auf die Beine gestellt hat. Ich bin hier am richtigen Ort. Als grösste linke Partei hat die SP auch am meisten Einfluss.

3. Welche politischen Schwerpunkte würdest du setzen?

Soziale Gerechtigkeit liegt mir sehr am Herzen – Wohnen, Bildung, das Tierwohl. Was mir ebenfalls sehr wichtig ist: Dass Gruppen nicht so auseinanderdriften wie in den USA, wo man nicht mehr miteinander reden kann. Wir leben hier in Zürich in unserer linksgrünen Bubble. Aber man sollte trotzdem mit anderen Leuten normal reden können und nicht immer betonen, was uns trennt, sondern die Gemeinsamkeiten hervorheben.

4. Welche Erwartungen hast du an die Partei?

Ich habe das Gefühl, dass mich die Mitgliedschaft bereichern wird und ich bei spannenden Dingen mitwirken kann. Ein Amt könnte ich mir vorstellen, je nachdem, wie umfangreich es ist. Ich habe einen Hauptjob, zwei Nebenjobs, mache gerade eine Ausbildung zur Yoga-Lehrerin und treibe viel Sport. Es müsste also etwas Überschaubares sein. Flyern gehe ich schon seit längerem, zum Beispiel für die Konzerninitiative.

5. Was machst du beruflich, was sind deine Hobbys?

Ich bin Tierärztin und arbeite hauptsächlich in der Pharma als Beraterin für Veterinärprodukte. Daneben bin ich Aushilfsärztin in Kleintierpraxen rund um Zürich und Tutorin/Dozentin für Labortiere an der Uni Zürich, mit Fokus auf das Tierwohl. In der Freizeit bin ich gerne in der Stadt unterwegs oder in der Natur. Meine Hauptsportarten sind Yoga und Tuchakrobatik. Ich finde es immer wieder faszinierend, wie belastbar der Körper ist und wie man auch noch mit 45 durch intensives Training extreme Fortschritte machen kann.

Interview Pia Wildberger

***Leila Huston, 45,** hat an der ETH in Biologie abgeschlossen, in England doktoriert und im Zweitstudium Tiermedizin studiert. Sie lebt mit Partner und Sohn in Zürich und ist kürzlich der SP beigetreten.

Sonderausstellung

Die Arbeiterklasse von 1972 in Schwarzweiss

Das St.Galler Textilmuseum rückt Textilarbeiter:innen in den Fokus. In einer Zeit, in der die Schwarzenbach-Initiative fremdenfeindliche Stimmungen schürte, porträtierte die Fotografin Barbara Davatz die gesamte Belegschaft der H. Walser Textildruckerei und Zwiirerei im appenzellischen Zürchersmühle. Ihre vielschichtige Fotoserie wirft bis heute Fragen zu Herkunft, Identität, Zugehörigkeit und Menschlichkeit auf und regt zum Nachdenken an – sehenswert.

► www.textilmuseum.ch

Fürsorgerische Zwangsmassnahmen

«Ich bin einfach niemand gewesen»

Hunderttausende waren in der Schweiz von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen betroffen. Eine neue mobile Ausstellung gibt ihnen eine Stimme. Ihre Biografien können als Hörspiel angehört oder in einer Videosequenz angeschaut werden, in der Schauspieler:innen die Rolle der Täter:innen einnehmen, die als Vater, Lehrer oder Heimleiter über Lebensläufe richten. So werden auch die Profiteure und Täter:innen des Systems benannt und aufgezeigt, dass die staatlichen Übergriffe möglich wurden, weil die Mehrheitsgesellschaft oft wegschaute. Zudem werden die Zwangs-

massnahmen in den Kontext weiterer armenpolitischer Gesetze – darunter der verbotene Familiennachzug für Saisonarbeiter:innen – eingebettet.

Fazit: Eine unbedingt sehenswerte Auseinandersetzung mit einem dunklen Kapitel der Schweizer Geschichte. Die Wanderausstellung ist bis am 4. August in Alberswil LU im Agrarmuseum Burgrain zu sehen, dann bis zum 25. August im Volksgarten in Glarus.

► www.ichbineinfachniemandgewesen.ch

Partnerangebote



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Personalbeurteilungssysteme neu gedacht – fair, transparent, wirksam

10. – 11. August, Sigriswil

Faire Personalbeurteilungssysteme: Welches sind die Kriterien und wie kann die Personalvertretung Einfluss nehmen? Der Kurs vermittelt Grundwissen über Mitarbeitenden- und Qualifikationsgespräche, Arbeitszeugnisse sowie Persönlichkeits- und Datenschutz.

Einführungskurs Doppelte Buchhaltung

24. – 25. August, Schwarzenberg

Kassier:innen von Vereinen, Gruppen und Sektionen lernen in diesem Kurs die theoretischen Grundlagen der doppelten Buchhaltung kennen und vertiefen das Gelernte in praktischen Übungen.

Ich will mehr Lohn! – Vorbereitet und überzeugend in Lohnverhandlung und MAG

1. September, Zürich

Wie gehe ich gut vorbereitet in ein Mitarbeitendengespräch? Wie kann ich überzeugend auftreten und

geschickt verhandeln? Du lernst in diesem Kurs, deine Kompetenzen sichtbar zu machen, und bist dir im Klaren, was dein:e Arbeitgeber:in an dir hat. Mit praxisnahen Übungen trainierst du, dich für deine Anliegen einzusetzen.

Diversity – Vielfalt, Gleichstellung, Inklusion

9. – 10. September, Bern

Menschen sind verschieden. Nicht nur in der Art, wie sie sich geben und den Kontakt zu ihren Mitmenschen gestalten, sondern auch darin, was sie innerlich empfinden und brauchen, um sich wohlfühlen. Im Kurs hinterfragen wir unseren Umgang mit Vielfalt in unserer Gesellschaft mit dem Ziel, unbewusste Diskriminierungen und Privilegien als Hindernisse zu erkennen und abzubauen.

Anmeldung online, per Mail oder Telefon

**www.movendo.ch
info@movendo.ch
058 218 00 00**

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen.



Gefährdet die künstliche Intelligenz die Demokratie?

15. September 2026, 19.30 – 21.30 Uhr, Rathaus Zürich

Künstliche Intelligenz beeinflusst im Alltag, welche Informationen wir sehen, wie wir kommunizieren und zunehmend auch die Politik. Doch welches Weltbild steckt in den vermeintlich neutralen Algorithmen? Was für neue Herausforderungen für die Demokratie bringen diese Tools mit sich? Speaker: Jürgen Geuters (Forschungsdirektor des Berliner Studios «Art+Com»), Moderation: Rahel Estermann (Co-Geschäftsleiterin der Digitalen Gesellschaft).

Online-Talk: Clickarbeit – die unsichtbare Arbeit hinter KI

24. September 2026, 19 – 20.30 Uhr, online

Wer trainiert Algorithmen, damit sie intelligent, schnell und effizient wirken? Es sind die sogenannten «Ghost Workers». Sie verrichten mit milliardenfachen monotonen Klicks digitale Akkordarbeit. Vermeintlich funktioniert künstliche Intelligenz rein technisch und macht menschliche Arbeit überflüssig. Faktisch arbeiten Millionen von Menschen daran, Algorithmen manuell zu trainieren. Diese neue Form der Arbeit ist kaum reguliert. Wer sind diese Menschen? Unter welchen Arbeitsbedingungen arbeiten sie? Speaker: Mary L. Gray (Berkman Klein Center for Internet and Society der Harvard University) Moderation: Lea Stahel (Uni Zürich).

Anmeldung und weitere Informationen
anny-klawa-morf.ch

Agenda

Anlässe für SP-Mitglieder

FR, 21. August 2026

a.o. Parteiratssitzung, online

SA, 29. August

SP queer geht an die Khur Pride

SA, 5. September

Mitgliederversammlung der SP Frauen, Bern

FR, 11. September

Parteiratssitzung, online

SA, 12. September

Kommunaltagung, Olten

SA, 26. September

Generalversammlung SP queer

SA, 26. September

Delegiertenversammlung der SP 60+, Bern

SA/SO 17. – 18. Oktober

Parteitag in Thun

DI, 20. Oktober

Feministischer Sessionsrückblick, St. Gallen

SA, 7. November

Bildungstag SP Frauen, Aarau

FR, 27. November

Parteiratssitzung, Olten



Aktuelle Infos unter
www.spschweiz.ch/veranstaltungen

Bildungsangebote



Gestern & Heute: Widerstand!

31. August 2026

19.30 – 21 Uhr, online

Mit **Christian Koller** (Historiker und Direktor Schweizerisches Sozialarchiv) und **Franziska Zaugg** (Dozentin für Zeitgeschichte an der Universität Freiburg)

Nach der bereits erfolgten Rehabilitierung der Schweizer Spanienkämpfer:innen hat das Parlament in der Sommersession auch jene Freiwilligen rehabilitiert, die sich dem antifaschistischen Widerstand in Frankreich und Italien angeschlossen haben. In unserem Webinar werfen wir einen Blick auf dieses bewegte und oft wenig bekannte Kapitel der Schweizer Geschichte.



Gesundheit von trans Menschen

8. September 2026

19 – 20.30 Uhr, online

Mit **Anna Rosenwasser** (Nationalrätin SP), **Jasmin Bärtschi** (Präsidentin SP queer) und **Jann Kraus** (Vorstand TGNS)

Die Gesundheit von trans Menschen ist weiterhin ein vernachlässigtes Thema. Gleichzeitig gerät ihre Gesundheitsversorgung immer stärker ins Visier der Rechten. Dabei werden nicht nur Versorgungsrechte, sondern auch die Legitimität queerer Lebensrealitäten infrage gestellt. In dieser Veranstaltung wollen wir die Entwicklungen einordnen und Wissen über die Situation von trans Menschen vermitteln.



Schweizer Aussenpolitik in fragiler Welt

9. September 2026,

19.30 – 21 Uhr, online

Mit **Fabian Molina** (Nationalrat) und **Peter Maurer** (Präsident Basel Institute on Governance)

Humanitäre Hilfe ist angesichts der aktuellen geopolitischen Entwicklungen wichtiger denn je – und steht gleichzeitig unter massivem Druck. Zahlreiche Staaten, darunter die Schweiz, kürzen ihre Beiträge, um sie in die militärische Aufrüstung umzuleiten. Wir diskutieren, warum dieses Kürzungsprogramm der Schweiz mehr schadet als nützt und welche Bereiche und Folgen damit einhergehen.

Veranstaltungen für Vorstände und Behördenmitglieder

Kommunaltagung 2026

12. September 2026, 10 – 16 Uhr, Hotel Olten

Für Exekutivmitglieder in kleinen und mittleren Gemeinden

SP-Behördenmitglieder in kleinen und mittleren Gemeinden stehen immer wieder vor komplexen Herausforderungen, die sie allein meistern müssen. Gerade deshalb ist es entscheidend, gut vernetzt zu sein, Erfahrungen auszutauschen, sich gegenseitig zu unterstützen und voneinander zu lernen. Angeboten werden spannende Workshops und ein ansprechendes Rahmenprogramm.

Neu im Parlament – und jetzt?

Oktober 2026, online

Für Parlamentsmitglieder in Gemeinden und Kantonen

Jedes Jahr werden neue SP-Mitglieder in kommunale und kantonale Parlamente gewählt – bereit, sich für eine soziale Schweiz einzusetzen. Der Einstieg in die parlamentarische Arbeit ist jedoch nicht immer einfach: Unvertraute Abläufe, komplexe Dossiers, viele Erwartungen ... Im Rahmen dieser Veranstaltung gibt es Tipps und Tricks von erfahrenen Parlamentarier:innen.

**Hier
anmelden!**



www.spschweiz.ch/bildung

AZB
CH-3001 Bern
PP/Journal

Post CH AG